

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 63 (1984)
Heft: 5

Artikel: Szenario Tendenz : 10 Jahre Neue Linke
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340124>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wie macht man Opposition?

Im März haben sich Teile der Parteilinken in Biel getroffen, um über die Folgen des Parteitags vom Februar zu diskutieren und um darüber zu reden, ob die Parteilinke allenfalls Konsequenzen aus dem Februarentscheid ziehen soll. Die Tagung in Biel entliess viele frustrierte Genossinnen und Genossen. Man vereinbarte, sich erneut zu treffen. Ob sich der Andrang zu dieser nächsten Tagung wiederholt, ist fraglich. Die in Biel von den Organisatoren präsentierte Traktandenliste sah drei mögliche Varianten vor:

- Tendenz
- Forum
- Spaltung

Zum dritten Traktandum fand sich jedoch kein Referent. Man war nicht spaltungswillig, jedenfalls nicht in diesem direkten Sinne. Was herauskam, war eine vierte Variante: man solle in den einzelnen Regionen die Sache diskutieren und sich dann wieder treffen. Die beiden Varianten «Tendenz» und «Forum» sind wir in der Lage vorzustellen, da sie im SP-Info, dem Organ einiger Zürcher Sektionen, breit abgehandelt

wurden. Dass beide Szenarien keine Gnade vor den oppositionswilligen Linken fanden, mag damit zusammenhängen, dass sie fernab der politischen Wirklichkeit der Schweiz konzipiert wurden. Die Frage, wie es in der Opposition innerhalb der Partei und nach aussen weitergehen soll, wird noch Gegenstand verschiedener Beiträge in den nächsten Nummern der «Roten Revue» sein. In dieser Nummer sollen die beiden Szenarien «Tendenz» und «Forum» vorgestellt werden.

Die Redaktion

Szenario Tendenz

10 Jahre Neue Linke

Seit gut 10 Jahren versuchen Vertreter der Neuen SP-Linken über die Sektionen und Kantone hinaus in loser Form zusammenzuarbeiten. Die Zusammenarbeit bestand meist in der Vorbereitung von Parteitag und in Aktivität gegenüber der offiziellen SPS. Gruppe Schiff, dann Groupe Yverdon; GYZ — Groupe Yverdon Zürich, dann Palmhof; die Namensentwicklung dieser losen Zusammenschlüsse.

Höhepunkte dieser Arbeit waren Diskussionen, welche die Linke von ausserhalb der SP in die Organe der SP brachten, aber auch Diskussionen, welche

die Linke selbst auslöste. Beispielfhaft sei hier aufgeführt: die 40-Stunden-Woche-Initiative der 70er Jahre, die Volkspension, die Rüstungspolitik, Bodenrecht, Energiepolitik, Regierungsbeteiligung, Bündnispolitik der SP, Selbstverwaltung und Wirtschaftspolitik im Rahmen des neuen Parteiprogramms.

Die Erfolge der Linken waren punktuelle, vielfach in Form von Parteitagsentscheiden, diese oder jene Volksinitiative zu lancieren oder zu unterstützen, vor allem aber auch, sich den neuen Bewegungen zumindest thematisch zu öffnen.

Die Diskussion um die Regierungsbeteiligung 1979 und 1983/84

Ende der 70er Jahre initiierte der linke Flügel eine grundsätzliche Auseinandersetzung über die Regierungsbeteiligung in den Kantonsregierungen und im Bundesrat. Schon damals fand sich an einem SPS-Parteitag keine Mehrheit. Die Parteileitung verhinderte darauf die Fortführung dieser Auseinandersetzung mit allen Mitteln: «Das krasse Nein zur Mitarbeit im Bundesrat ist für mich Zukunftsmusik auf der Kindertrumpete. Es hat gar keinen Sinn, das alles ernst zu nehmen», so Helmut Hubacher vor gut vier Jahren.

Die Diskussion um die Bundesratsbeteiligung wurde 1983 von der Parteileitung aus andern Motiven ausgelöst, als es die Linke Ende der 70er Jahre tat. Die SP-Linke setzte sich für eine konsequente Oppositions-

litik ein gegen den bürgerlichen Staat und seine Strukturen. Den SPS-Zentristen ging es 1983 nur darum (vermeintlich), verlorene Machtanteile innerhalb des bürgerlichen Staats durch eine Phase der Opposition wieder zurückzuerobern. Das drohende Resultat dieser Strategie analysierte Peter Bichsel am Parteitag treffend: Er sei nicht sicher, ob die SPS-Krankheit «Bundesratomanie» mit dem Austritt aus dem Bundesrat nicht noch verstärkt würde. — Dabei kann auf die historische Erfahrung in den 50er Jahren verwiesen werden. Der Austritt von Max Weber aus dem Bundesrat führte nicht zur harten Oppositionspolitik, sondern zur definitiven Einbindung der SPS in den bürgerlichen Staat, besiegelt 1959 mit dem neuen «sozialdemokratischen» Parteiprogramm nach (bundesdeutschem) Godesberg-Muster und der gleichzeitigen Schaffung der Zauberformel durch die Wahl der Genossen Tschudi und Spühler zu Bundesräten. Für die künftige Arbeit der SP-Linken können nicht nur die (nicht neuen) Motive der SP-Zentristen den Ausschlag geben. Viel bedeutender ist, dass die Diskussion vor dem Parteitag 1984 eine inhaltliche Qualität, eine Intensität und ein emotionelles Engagement weiter Teile der Parteimitglieder, ja weit über die Partei hinaus gebracht hat, dass das Abstimmungsergebnis in Bern für die nähere Zukunft nicht mehr diskutabel, nicht mehr «umkehrbar» ist.

Der Parteitag hat den SP-Linken deutlich gezeigt, dass sie punktuell erfolgreiche Zweckbündnisse mit den «Zentristen» in einer solch zentralen Frage nicht zustandebringt.

Nach dem Parteitag, vor allem aber nach der geführten Diskussion kann für die SP-Linke nichts mehr sein, wie es vorher,

mindestens für viele, gewesen war.

Der Parteitag — Marignano der SP-Linken?

Die SP-Linke steht an einem Scheideweg. Obwohl sie als «Verlierer» den Berner Kursaal verliess, kann dies zu einem Neuanfang werden. Das «Marignano» der Linken muss zur Rückbesinnung auf die eigene Stärke führen. Es gilt zu verhindern, dass sich die engagierten linken Genossinnen und Genossen individuell absetzen, in die politische Apathie, in die verschiedenen marginalen Linksgruppierungen.

Die Stärke des linken Flügels der SP war die inhaltliche Arbeit, war die Bereitschaft, für diese Partei aktiv einzustehen. Die Gefahr, welche von der konsequenten Rückbesinnung der SP-Linken auf die eigenen Kräfte und Ziele für die SPS ausgehen würde, zeigte der beschwörende Appell von Lilian Uchtenhagen, weiter aktiv für die Partei zu arbeiten: «Ich komme wieder mit euch Flugblätter verteilen und Unterschriften sammeln.»

Es gilt also, die SP-Linke zu sammeln, von der einseitigen Fixierung auf die Auseinandersetzung mit der SP-Mehrheit und dem zentristischen SP-Verwaltungsapparat wegzukommen, eine eigene Politik zu formulieren und zu praktizieren, der in konkreten Fragen mit dieser SP-Mehrheit oder dem Apparat durchaus einiggehen und zu gemeinsamem Handeln führen kann, jedoch durch eigenes, unabhängiges Handeln, allenfalls mit anderen vorübergehenden Bündnissen, politische Arbeit leistet.

Es gab in den letzten Jahrzehnten kaum eine bessere Gelegenheit, eine strukturierte Tendenz der SP-Linken innerhalb der SPS zu bilden, die sich als eigenständige politische Kraft in-

nerhalb der SPS versteht und arbeitet.

Sofort eine Tendenz gründen

Am 17. März ist in Biel eine Tendenz zu gründen. Möglichst mit Namen, Mitgliedern und Postcheckkonto. Es ist ein Aktionsprogramm zu beschliessen, das auch tagespolitische Forderungen enthält und Aktionsmöglichkeiten in den kommenden Monaten aufzeigt.

Mitglieder dieser Tendenz können SPS-Mitglieder, kollektiv SP-Sektionen und Kantonalparteien werden. Auch am 17. März zu entscheiden ist, ob Sympathisanten, die nicht (mehr) der SPS angehören, der Tendenz beitreten können (JUSO-Regelung als Beispiel) oder nicht. Sicher von einer Mitgliedschaft ausgeschlossen wären Mitglieder anderer Parteien.

Diese Tendenz bildet in erster Linie eine nationale Organisation. In Gemeinden, Regionen und Kantonen können sich jedoch auch Gruppen dieser Tendenz bilden, die einerseits bezogen auf die nationale Politik arbeiten, aber auch in bezug auf die kommunale und kantonale. Diese Gruppen wären jedoch aufgrund der konkreten Umstände vor Ort und nicht nach einem «nationalen» Muster aufzubauen. Eine linke Minderheit beispielsweise im Kanton Aargau würde sich sicherlich anders organisieren als die Linke im Kanton Zürich.

Interne Demokratie

In der ersten Zeit sollen die Entschiede der Tendenz an nationalen Treffen gefällt werden (Vollversammlung der Mitglieder). Bereits in Biel ist jedoch eine Koordinationsgruppe zu wählen, die für administrative, organisatorische, aber auch inhaltliche Vorbereitungen und Hilfestellungen bei der Durch-

führung der Entscheide verantwortlich wäre.

Organisatorisches

Die notwendigen Finanzen sind in der ersten Zeit durch freiwillige Beiträge einzelner Mitglieder, Sektionen, Mandatare und Sympathisanten zu decken.

Anzustreben ist, dass die Beiträge der einzelnen SPS-Mitglieder zu einem Teil an die Tendenz gehen.

Möglichst umgehend ist ein schweizerisches Sekretariat einzurichten. Es ist eine zentrale Mitgliederkartei einzurichten, die den kantonalen, regionalen und kommunalen Gruppen bezüglich «ihrer» Mitglieder zugänglich ist.

Das Organ der Tendenz

Die Diskussion kann nicht nur an nationalen und allenfalls kantonalen, regionalen und kommunalen Treffen geführt werden. Möglichst schnell ist ein periodisch erscheinendes Organ herauszugeben. Alle Tendenzmitglieder wären automatisch zahlende Abonnenten. Die Kollektivmitglieder müssten dieses Organ automatisch für alle ihre Mitglieder abonnieren.

Aktionsprogramm

Es ist wichtig, die Tendenz organisatorisch und strukturell abzusichern. Diese Arbeit muss geleistet werden, doch darf sie nicht die inhaltliche Arbeit verhindern. Es muss umgehend ein Aktionsprogramm beschlossen und gehandelt werden. Theoretische Grundlagen gibt es einige; ohne sie zu werten: den

SPS-Programmentwurf, das Wirtschaftspolitische Konzept der «Zürcher Ökonomen», die Plattform der Groupe Yverdon u.a. Es kann aber nicht darum gehen, eine lange Theoriediskussion dem Handeln voranzustellen. Neben der notwendigen inhaltlichen Diskussion gilt es umgehend, ein durchaus tagespolitisches Aktionsprogramm zu erstellen, das ein sinnvolles unabhängiges Handeln der Tendenz ermöglicht. Themenbereiche könnten sein:

- Friedenspolitik/Entwicklungspolitik und 3. Welt;
- Umweltschutz/Energiepolitik/Ökologie;
- Arbeitslosigkeit/Technologie/Sozialpolitik/Wirtschaftspolitik;
- Frauen.

Verhältnis zur SPS

Die Tendenz versteht sich als «Tendenz innerhalb der SPS». Sie wird sich jedoch ohne Zuspruch der Partei gründen und vorerst auch ohne deren Segen arbeiten. Das Verhältnis zur SPS ist in der ersten Zeit nicht durch «Verhandlungen» mit den Gremien der Partei, sondern durch «Handeln» zu definieren. Eine formelle Klärung ist die Folge davon. Jedoch keineswegs der Ausgangspunkt. Tendenzmitglieder, die in SP-Gremien, in Parlamenten, Kommissionen, Gerichten usw. sitzen, sollen die Ämter nicht räumen. Diese Fragen müssen spätestens im Hinblick auf den ordentlichen Parteitag in St. Gallen im Herbst 1984 diskutiert und geklärt werden.

Bündnispolitik

Im Gegensatz zur Arbeit der Vorläufergruppen der Tendenz

soll die Aktivität nicht grundsätzlich auf die SP und deren Apparat ausgerichtet sein. In der praktischen Arbeit können Bündnisse mit andern Gruppen eingegangen werden: Energiepolitik, Friedenspolitik, Ökologie, fortschrittliche Gewerkschaften und Gewerkschaftssektionen als Beispiele. Solche Bündnisse sind nur zielgerichtet und nicht dauernd einzugehen.

Im Vordergrund stehen dabei aktive Gruppen aus den im Aktionsprogramm umschriebenen Bereichen. Bündnisse für konkrete Ziele mit andern Linksparteien sind auch möglich, stehen jedoch nicht im Vordergrund.

Ausblick

Im Hinblick auf den St. Galler Parteitag muss die Tendenz auch strukturelle Fragen klären. Diese sind durch die Koordinationsgruppe, allenfalls durch eine speziell dafür eingesetzte Arbeitsgruppe zu diskutieren und an einem nationalen Treffen zu klären.

Es geht dabei um das Festschreiben des Tendenzrechts als Teil der SPS-Gliederungen in den Statuten. Weiter müssen die Finanzen für die Arbeit der Tendenz sichergestellt werden. Denkbar wäre, dass die Tendenzmitglieder einen Teil ihrer SPS-Beiträge an die Tendenz abliefern. Die Tendenz/Tendenzen müssen an den Parteitagen eine angemessene Zahl von Delegierten, neben den Sektionsdelegierten stellen können. Geklärt werden muss, ob eine linke Tendenz Anspruch auf Sitze im Parteivorstand erheben will. Als parteiinterne Opposition wohl eher nicht, es sei denn mit eingehandelten inhaltlichen Zusagen bezüglich der SPS-Politik.